B E S C H L U S S
zur Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte am 04.10.2023 in Neumünster

Antragsteller: Landesvorstand

Kurztext: Gesundheitsversorgung mit Zukunft: Freiberuflichkeit statt Kommerzialisierung

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

Die Landesversammlung Schleswig-Holstein des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) auf, den Beschlüssen der Gesundheitsministerkonferenz (GMK; 2021 und 2022) und des Bundesrats (2023) Folge zu leisten und die Zulassung von investorengetragenen medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) endlich zu regulieren. Der Bundesrat hat einen Antrag zur Verhinderung des wachsenden Einflusses von Finanzinvestoren auf die ambulante Versorgung verabschiedet. Jede weitere Verzögerung führt zur Veränderung der Versorgungslandschaft zulasten der freiberuflich selbstständigen Praxis und gefährdet die bewährte flächendeckende ambulante Versorgung.
Darüber hinaus ist es zur Information der Patientinnen und Patienten unbedingt erforderlich, eine Regelung zur Transparenz der Eigentumsverhältnisse zu implementieren.
Eine Anpassung des Berufsrechts analog zu dem der anderen freien Berufe ist zwingend notwendig.

Begründung:

Ein Drittel aller zahnärztlichen MVZ befinden sich inzwischen in der Hand fachfremder Investoren. iMVZ sind ausschließlich den Renditeinteressen ihrer Aktionäre verpflichtet. Die Forderungen der Zahnärzteschaft nach einem räumlichen und fachlichen Bezug und nach Transparenz der Besitzverhältnisse werden seitens des BMG ignoriert.

Weiteres Abwarten bedroht die funktionierende, hochqualitative wohnortnahe und am Patientenwohl orientierte zahnärztliche Versorgung. Umsatzdruck in iMVZ führt zu

Abstimmung: einstimmig

Qualitätsverlust und Überbehandlung. iMVZ verbessern nicht die Versorgung, da sie zu 80 Prozent in ausreichend zahnärztlich versorgten Gebieten gegründet werden.

Abstimmung: